



Zusammenstellung: Statements zum Export von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien

- B90/Grünen Bundestagsfraktion, Niebels Aussagen zu Rüstungsexporten machen sein Menschenrechtskonzept zum Papiertieger (20.07.2011).....2
 - NaturFreunde Deutschlands, Keine neuen Waffenproduktionsanlage in Saudi-Arabien (20.07.2011).....2
 - Christine Hoffman (pax christi – Generalsekretärin), Keine Panzer (15.07.2011).....3
 - IPPNW, Keine Panzer an die Saudis, keine Waffen in Krisenregionen, Stopp aller Waffenexporte (13.07.2011).....4
 - Die LINKE-Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrcke (MdB), Panzerdeal ist verwehrlisch und rechtswidrig (11.07.2011).....4
 - Mani Stenner (Netzwerk Friedenskooperative), Aufrüstung im Pulverfass (09.07.2011)5
 - Bremer Friedensforum, Bremer Friedensforum fordert Stopp von Panzerexporten nach Saudi-Arabien (08.07.2011) 6
 - Die LINKE-Bundestagsfraktion, Jan van Aken (MdB), Keine Parteispenden mehr von Rüstungsfirmen (07.07.2011) 6
 - Otfried Nassauer (BITS), Ein Geschäft mit Signalwirkung (06.07.2011) 7
 - SPD-Bundestagsfraktion, Christoph Strässer, Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien: Demaskierung einer “werteorientierten Außenpolitik” (06.07.2011)..... 8
 - Michael Brozka (IFSH), Friedensforscher hält mögliche Panzer-Lieferung an Saudi Arabien für Problematisch. Michael Brozka führt geostrategische und innenpolitische Gründe an (05.07.2011)..... 9
 - Kasseler Friedensforum, Keine Panzer aus Kassel nach Saudi-Arabien (05.07.2011) 11
 - Campact, Panzer-Export nach Saudi-Arabien stoppen! (05.07.2011)..... 12
 - Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung: Lieferungen von Leopard-Panzern nicht akzeptabel (05.07.2011) 12
 - SPD-Bundestagsfraktion, Heidemarie Wiczorek-Zeul (MdB), Kampfpanzerlieferung an Saudi-Arabien stoppen (04.07.2011)..... 13
 - Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag, Panzer aus Kassel nach Saudi-Arabien? Großauftrag an Krauss-Maffei Wegmann steht für eine skandalöse Nahost-Politik (04.07.2011)..... 14
 - Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel, Keine Waffen für Diktatoren (04.07.2011)..... 15
 - B90/Grünen Bundestagsfraktion, Volker Beck MdB, Aktuelle Stunde beantragt zu Lieferungen von Kampfpanzern in das Krisengebiet des Nahen Osten (04.07.2011) 16
 - Fraktion Die Linke in Bundestag, Jan van Aaken MdB, Mit deutschen Panzern gegen den arabischen Frühling? (03.07.2011)..... 16
- *****
- Fragen von Abgeordneten für die Aktuelle Stunde zum Thema „Lieferung von Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien“ (06.07.2011).....17

- Wird fortlaufend aktualisiert -

Zusammenstellung: Philipp Ingenleuf; Stand: 21.07.2011

Name: **Bündnis 90/ Die Grünen**

Datum: 20.07.2011

Niebels Aussagen zu Rüstungsexporten machen sein Menschenrechtskonzept zum Papiertiger

PM, 20. Juli 2011 (NR. 0642)

Anlässlich der Äußerungen des Bundesministers Niebel zur Vereinbarkeit von Rüstungsexporten und Menschenrechten erklären Tom Koenigs, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, und Volker Beck, Sprecher für Menschenrechtspolitik:

Niebel hat keine Lehren aus den Unruhen in der arabischen Welt gezogen. Seine Aussagen zeigen deutlich, dass er weiterhin zugunsten von vermeintlicher Stabilität auf Menschenrechte verzichten will. Wohin diese Sorge um Stabilität führt, kann man an den mehr als 2500 Menschen erkennen, die allein dieses Jahr bei Demonstrationen für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in Syrien, Ägypten, Tunesien, Yemen, Bahrain und anderswo getötet worden sind.

Rüstungsexporte schaffen keine Stabilität, sondern sind nach deutschem und europäischem Recht verboten, wenn die ausgeführten Waffen zu Menschenrechtsverletzungen verwendet werden können. Saudi-Arabien hat seine Waffen gegen Demonstranten in Bahrain eingesetzt. Dennoch hat die Bundesregierung offenbar Panzerlieferungen erlaubt. Wenn Niebel jetzt diese Waffenexporte als Maßnahme zur Verbesserung der regionalen Menschenrechtslage verkauft, verhöhnt er den Kampf um Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in Nordafrika und zeigt zugleich, dass das vor wenigen Wochen vorgestellte Menschenrechtskonzept seines Ministeriums Makulatur ist.

Name: **NaturFreunde Deutschlands**

Datum: 20.07.2011

Keine neue deutsche Waffenproduktionsanlage in Saudi-Arabien – Opfer von Waffengewalt müssen Waffenproduzenten endlich verklagen können

Berlin, 20. Juli 2011 – „Dass in Saudi-Arabien eine neue komplette Produktionsanlage für deutsche Sturmgewehre gebaut werden soll, ist eine Schande“, kritisiert das Mitglied im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands Uwe Hixsch die aktuellen Pläne des Rüstungsunternehmens Heckler & Koch. „Mit dem ebenfalls geplanten Panzer-Deal ist klar: Deutsche Waffen sollen die Golfregion systematisch aufrüsten, auf Menschenrechte und demokratische Bestrebungen in der Bevölkerung wird keinerlei Rücksicht genommen.“

Für neue Profite würden alle menschenrechtlichen Sonntagsreden zur Seite geschoben und in einer der letzten absoluten Diktaturen der Welt eine hochmoderne Waffenschmiede gebaut, so Hixsch. Saudi-Arabien sei bereits seit vielen Jahrzehnten ein Produktionsstandort für Waffen von Heckler & Koch. So werde dort das Sturmgewehr G3 in Lizenz produziert und von Saudi-Arabien aus direkt für die Aufrüstung der Diktaturen in den Golfstaaten eingesetzt.

In einer Pressemitteilung hatte Heckler & Koch bekannt gegeben, dass Umsatz und Gewinn im Geschäftsjahr 2010 erneut gesteigert und damit der „erfolgreiche Wachstumskurs der vergangenen Jahre“ fortgesetzt werden konnte. Für die NaturFreunde eine zynische Aussage, schließlich ist dieser „Wachstumskurs“ die Grundlage für Waffenlieferungen in viele Regionen der Welt. „Kleinwaffen und Handfeuerwaffen sind die Massenvernichtungsmittel der heutigen Zeit. Es sterben viel mehr Menschen durch diese hochmodernen Kleinwaffen als durch Großwaffen“, erklärt Uwe Hixsch.

NaturFreunde fordern Waffenexportverbot im Grundgesetz

Die NaturFreunde fordern ein Waffenexportverbot im Grundgesetz. Zudem müssten Opfer und

Angehörige der Opfer von Waffengewalt das Recht erhalten, auch die Hersteller von Waffen zu verklagen. „Wenn diese Firmen von den Angehörigen der Millionen Opfer endlich verklagt werden könnten, wäre der Profit mit dem Tod innerhalb kürzester Zeit beendet“, empfiehlt Hicks.

Im Jahr 2010 hat Heckler & Koch einen Umsatz von 247 Millionen Euro erzielt. Der operative Gewinn lag mit 51,8 Millionen Euro um rund 30 Prozent über 2009. Erst vor wenigen Tagen hatte die „Heckler & Koch GmbH“ am Kapitalmarkt eine Anleihe mit einem Volumen von 295 Millionen Euro platziert. Diese Anleihe wird mit jährlich 9,5 Prozent hochprofitabel verzinst und hat eine Laufzeit bis 2018. Gezeichnet wurde diese Anleihe vor allen von internationalen institutionellen Anlegern, also Banken, Versicherungen und Pensions-Fonds.

NaturFreunde Deutschlands: Teil der Friedensbewegung

Die NaturFreunde Deutschlands sind seit mehr als 50 Jahren Teil der bundesdeutschen Friedensbewegung und waren Gründungsmitglied der Anti-Atomtod-Bewegung, aus der schließlich die Ostermärsche hervorgegangen sind.

Die NaturFreunde unterstützen die „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel“: www.aufschrei-waffenhandel.de

Name: **Christine Hoffman (pax christi - Generalsekretärin)**

Datum: 15.07.2011, Quelle: DIE KIRCHE (17. Juli 2011)

Keine Panzer

Die Bundesregierung will Panzer nach Saudi-Arabien schicken. Wegen der internationalen Stabilität, sagt sie. Sicherheit auf Kosten der Menschenrechte?

Die Bundesregierung dementiert nicht, sondern besteht auf Geheimhaltung. Hat der Bundessicherheitsrat den milliardenschweren Export von 200 Leopard Panzern an Saudi- Arabien genehmigt, verstößt das nicht nur gegen die politischen Richtlinien der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen. Vielmehr steht das Vertrauen in die außenpolitische Vernunft einer christdemokratisch geführten Regierung auf dem Spiel. Saudi-Arabien hat noch im Frühjahr sein Militär zur blutigen Niederschlagung von Protesten im Nachbarkönigreich Bahrein eingesetzt. Im eigenen Land werden laut Menschenrechtsbericht der Bundesregierung Dissidenten inhaftiert, Geständnisse erzwungen, die Todesstrafe vollzogen und jede Opposition verboten. Wer dennoch den Waffenexport in diese Monarchie genehmigt, wendet sich vom Grundsatz ab, keine Waffen dahin zu liefern, wo hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden könnten. Davon unbeeindruckt suchen Verteidigungsminister und Kanzlerin Rechtfertigung im deutschen Interesse an internationaler Sicherheit und Stabilität, das gegen die Menschenrechtslage abzuwägen sei. Stabilität und Sicherheit sind aber nicht auf Kosten der Menschenrechte zu haben. Stabilität ist kein unabhängiger Wert und Sicherheit hat ihren Kern im Schutz der Würde und Rechte jedes Einzelnen. Deshalb verliert Sicherheit jede Grundlage, wenn sie sich von diesem Ziel und Zweck löst.

Kann der Export von Waffen den Frieden fördern?

Der Export von Kriegswaffen aus Deutschland muss grundsätzlich verboten werden, fordert ein Bündnis, zu dessen Sprecherinnen ich gehöre. Denn auch mehr Transparenz und parlamentarische Beteiligung können nicht verhindern, dass Waffen stets dazu beitragen, Konflikte bewaffnet auszutragen und zu eskalieren. In Frage steht, ob der Export von Waffen überhaupt zur Förderung des Friedens geeignet sein kann.

Der geplante Waffenhandel mit einer brutalen Führungsmacht des Nahen Ostens wirft eine weitere Frage von höchster politischer Brisanz auf. Auf der Internetplattform „Soldatenglück“ steht ein Video. Es zeigt

die Vorführung des Prototyps Leopard 2A7, der an die Saudis geliefert werden soll, auf dem Truppenübungsplatz in Münster. Dort wurde demnach die besondere Eignung dieser Kriegswaffe für den Einsatz gegen Demonstrierende bereits angepriesen und vorgeführt. Wie viel ist der Bundesregierung das Recht auf freie Meinungsäußerung eigentlich wert, wenn hierzulande die Entwicklung und Werbung für eine Waffe zum Einsatz gegen Menschen erlaubt ist, die zentrale demokratische Rechte wahrnehmen?

Der 17. Juni 1953 erinnert an niedergeschlagene Arbeiterproteste in Deutschland – mit Hilfe sowjetischer Panzer. Die deutsche Einheit verdanken wir den Demonstrationen mutiger Menschen auf deutschen Straßen – diese Geschichte verpflichtet.

Name: **IPPNW**

Datum: 13.07.2011

Keine Panzer an die Saudis, keine Waffen in Krisenregionen, Stopp aller Waffenexporte

PM, 13.07.2011:

Mit Unverständnis und Empörung verfolgt die IPPNW die öffentliche Debatte um die geplante Lieferung von 200 Leopard II - Panzern an Saudi Arabien. Obwohl die Lieferung offiziell immer noch nicht bestätigt ist, mehren sich die Stimmen aus der Regierungskoalition, die das Waffengeschäft für eine völlig berechtigte Maßnahme zur Einflussicherung in der Golf-Region halten.

"Es ist nur noch makaber zu nennen, wie die Bundesregierung und ihre Parteienvertreter existierende Rechtsvorgaben beim Kriegswaffenexport verbiegen. Anstatt aus der Geschichte zu lernen und Diktaturen und Despoten keine Waffen mehr zur Verfügung zu stellen, werden verhängnisvolle Muster wiederholt. Es ist zu befürchten, dass uns diese Ignoranz gegenüber Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte in Saudi Arabien einholen wird, wenn auch in diesem Land eine Bürgerbewegung um ihre Rechte kämpft", erklärte Matthias Jochheim, Vorsitzender der IPPNW-Deutschland.

Offensichtlich gelten die aktuellen Richtlinien für deutsche Rüstungsexporte, genannt "Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern", aus dem Jahr 2000 nicht mehr. Sie schlossen prinzipiell Lieferungen in Spannungsgebiete aus.

Pressekontakt: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung, Körtestr. 10, 10967

Berlin, Dr. Jens-Peter Steffen, Tel. 030 – 69 80 74 13, Email: steffen@ippnw.de, www.ippnw.de

Name: **Die LINKE –Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrcke (MdB)**

Datum: 11.07.2011

Panzerdeal ist verwerflich und rechtswidrig

PM, 11.07.2011:

„Der Panzerdeal der schwarz-gelben Bundesregierung unter ausdrücklicher Verantwortung der Bundeskanzlerin, des Bundesaußenministers und des Verteidigungsministers ist moralisch verwerflich, sittenwidrig und ein klarer Bruch geltenden Rechts“, so Wolfgang Gehrcke, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Verkaufs von 200 Leopard-Kampfpanzern an Saudi-Arabien. Gehrcke weiter:

„Die Bundesregierung irrt, wenn sie glaubt, mit der Aktuellen Stunde im Bundestag und der Debatte und Ablehnung der Oppositionsanträge davon gekommen zu sein. Im Gegenteil: Die Empörung über

Rüstungsexporte wird wachsen. Es wird offenkundig, dass die Regierung über die Verletzung grundlegender Menschenrechte hinweg sieht und billigend in Kauf nimmt, dass die gelieferten Panzer gegen Demokratiebewegungen eingesetzt werden.

Und sie nimmt die Destabilisierung des Nahen Ostens durch die Waffenlieferungen in Kauf. Das wird nunmehr auch außerparlamentarisch eine wichtige Rolle spielen. DIE LINKE ruft ihre Mitglieder, die Friedensbewegung, Menschenrechtsgruppen auf, gegen diesen Deal zu protestieren. Ein erster konkreter Schritt kann die Unterzeichnung der Massenpetition von campact.de im Internet sein.

Deutsche Regierungen standen immer auf Seiten der Rüstungsindustrie. Aber so ungeniert wie die Schwarz-Gelbe hat das bislang noch keine Regierung demonstriert. “

Name: **Mani Stenner (Netzwerk Friedenskooperative)**

Datum: 09.07.2011; Quelle: Neues Deutschland (09.07.2011)

Aufrüstung im Pulverfass

Gut, dass das jetzt passiert. Und die Lieferung eventuell durch öffentlichen Druck noch verhindert werden kann.

Mit dem Beschluss zur Genehmigung der Lieferung von 200 Leopardpanzern der neuesten Generation »2A7 plus« an das wahabitische Königshaus in Riad hat sich die Bundesregierung einen Aufschrei der Empörung eingefangen. Die Lieferung der mit Räumschaukeln bestens zur Aufstandsbekämpfung geeigneten und von Krauss-Maffei Wegmann für ihre Eignung zur asymmetrischen Kriegsführung angepriesenen Großpanzer widerspricht eklatant allen Sympathiebekundungen der Schwarzgelben für den arabischen Frühling.

Das Mantra von den angeblich »restriktiven« und an den Menschenrechten orientierten Kriterien der Rüstungsexportpolitik bestand nie den Praxistest. Das haben nicht nur die Kurden im NATO-Land Türkei erfahren müssen. Längst aufgegeben auch die Doktrin, nicht in Krisenherde zu liefern. Die jetzige Genehmigung steht im offenen Gegensatz zur Bewertung Saudi-Arabiens durch das Auswärtige Amt: »Todes- und Körperstrafen werden verhängt und vollstreckt. Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind stark eingeschränkt. Parteien sind verboten. Politische Aktivisten und Menschenrechtler werden drangsaliert, inhaftiert oder gehen ins Ausland«, heißt es dort. Da kann ein an christlichen Werten orientiertes Unionsmitglied schon an seiner Kanzlerin verzweifeln. Allerdings konnte man vorgewarnt sein: Bereits in der Koalitionsvereinbarung wurde das Wort »restriktiv« durch »verantwortungsbewusst« ersetzt und Regierungsvertreter preisen die Vorzüge deutscher Waffentechnologie bei jeder Rüstungsmesse und jeder Auslandsreise.

»Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!« heißt eine Kampagne von Friedensorganisationen, die das ändern möchte. »Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert« - das soll im Grundgesetz klargestellt werden.

Deutsche Waffen für Saudi-Arabien sind nichts Neues. Deals im Wert etlicher Millionen Euro gab es unter Rot-Grün wie bei der Großen Koalition und man erinnert noch die 70 Fuchs-Panzer Anfang der 90er Jahre und deren Verbindung zu illegalen Parteispenden an die Kohl-CDU. Aber der »Leopard«, das schlagkräftige Instrument für den Landkrieg, in den Krisenherd Mittlerer Osten? Das schien bisher unvorstellbar - schon wegen Israel. Die reflexartige Förderung der Wirtschaftsinteressen der Exporteure des Todes hatte da bisher ihre Grenzen.

Der Tabubruch offenbart eine fatale Fehleinschätzung der Region und eine gefährliche »Strategie« der Bundesregierung für den Nahen und Mittleren Osten. Israels Regierung denkt ebenso eindimensional, erhebt keine Einwände gegen den Deal und bekommt natürlich die gewünschten Dolphin-U-Boote.

Gesetzt wird auf die arabischen Despoten und das Ende der Freiheitsaufstände. Saudi-Arabien soll

Bollwerk gegen die Machtinteressen Irans sein. Starke sunnitische Fundamentalisten sollen den schiitischen Staat eindämmen. Da ist dann auch die Bekämpfung der schiitischen Demonstranten mit saudischen Panzern beim Nachbarn Bahrain in Ordnung. Statt einer politischen Lösung der Konflikte wird es einen gewaltigen Aufrüstungsschub in der Region geben. Das Pulverfass wird gefüllt.

Name: **Bremer Friedensforum**

Datum: 08.07.2011

Bremer Friedensforum fordert Stopp von Panzerexporten nach Saudi-Arabien

BREMEN. Das Bremer Friedensforum fordert von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Guido Westerwelle den Stopp des Exports von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien und die Beendigung von Rüstungsexporten.

Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung gehört Saudi-Arabien seit dem Jahr 2008 zu den "Top Ten" der Empfängerländer deutscher Waffen. Das Bremer Friedensforum unterstützt die Unterschriftenaktion von Campact e.V. im Internet [www.bremerfriedensforum.de] gegen den Panzerexport. Gleichzeitig begrüßt das Bremer Friedensforum die bundesweite "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!", die Rüstungsexporte anprangert und zukünftig verhindern möchte.

Das Bremer Friedensforum sieht insgesamt ein Defizit an Transparenz in militärischen Dingen. Gerade die jetzt bekannt gewordene Zustimmung des Bundessicherheitsrates für Leopard-II-Lieferungen nach Saudi-Arabien, an denen auch Rheinmetall Defence in Bremen verdient, mache deutlich, dass Geheimniskrämerei einer Demokratie nicht ziemt, sondern sie zugunsten großer Geschäfte weniger Personen und Firmen verachtet. "Es kann nicht angehen, dass solche wesentlichen Dinge von einer Handvoll Minister am Parlament vorbei entschieden werden", erklären Hartmut Drewes und Ekkehard Lenz vom Friedensforum. Auch der letzte Rüstungsexportbericht der "Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)" beklagt den Mangel an Transparenz der Rüstungsausföhren.

Name: **Die LINKE –Bundestagsfraktion, Jan van Aken (MdB)**

Datum: 07.07.2011

Keine Parteispenden mehr von Rüstungsfirimen

PM, 07.07.2011:

„Die Geheimhaltung der Bundesregierung über den Verkauf von 200 Leopard-Panzern nach Saudi Arabien muss ein Ende haben. Die Bundeskanzlerin hat das Recht, Entscheidungen des Bundessicherheitsrates zu veröffentlichen. Deshalb kann und muss sie jetzt alle Details offenlegen. Die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht, alle Details dieses schmutzigen Deals zu erfahren“, fordert Jan van Aken, Abrüstungsexperte der Fraktion DIE LINKE. „Außerdem fordern wir alle Parteien auf, grundsätzlich keine Spenden mehr von Rüstungskonzernen anzunehmen.“ Van Aken weiter:

„In den Fraktionen von CDU/CSU und FDP gibt es viele Abgeordnete, die auch nicht mit dem Panzerdeal einverstanden sind. Es braucht jetzt einen Aufstand der Anständigen in der Koalition, um diesen Deal noch zu stoppen.

Auch SPD und Grüne müssen ihr Verhältnis zu Waffenexporten nach Saudi Arabien klären. Erst letzte Woche haben sie sich im Auswärtigen Ausschuss geweigert, einem Stopp der Rüstungsexporte nach Saudi Arabien zuzustimmen. Bei einem entsprechenden Antrag der LINKEN haben sie sich enthalten.

In den vergangenen acht Jahren (2002 - 2009) haben die beiden Firmen, die am meisten am Leopard 2 Panzer verdienen - Rheinmetall und Krauss Maffei Wegmann - insgesamt 626.500 Euro an die im Bundestag vertretenen Parteien gespendet. Im Einzelnen haben CDU/CSU Spenden dieser beiden Firmen in Höhe von 298.000 Euro erhalten, FDP 79.000 Euro und SPD 249.500 Euro.“

Name: **Otfried Nassauer (BITS)**

Datum: 06.07.2011, Quelle: taz, 06.07.2011

Ein Geschäft mit Signalwirkung

Das Vorhaben, bis zu 200 deutsche "Leopard 2" in das autokratisch regierte Saudi-Arabien zu liefern, zeichnete sich ab. Selbst Israel sperrt sich offenbar nicht mehr. VON OTFRIED NASSAUER

BERLIN taz | Die Messe IDEX ist das Mekka der Rüstungsindustrie. 60.000 Besucher und über 1.000 Aussteller aus mehr als 50 Ländern pilgerten im Februar 2011 nach Abu Dhabi, um für ihre Produkte zu werben. Der Nahe und Mittlere Osten ist der weltweit größte Markt für Rüstungsgüter.

Das reizt auch die deutsche Rüstungsindustrie. Für sie wird der Export immer wichtiger. Er sichert die Grundaustattung ihrer Kapazitäten und wurde zum Kerngeschäft. An der IDEX beteiligten sich 66 deutsche Aussteller, sie präsentierten unter anderem eine Neuigkeit mit Signalwirkung: Den "Leopard 2A7+" für Peace Support Operations (friedensunterstützende Maßnahme), die modernste Version des "Leopard"-Panzers.

Dieses Waffensystem können endlich auch Kunden auf der arabischen Halbinsel kaufen. Gleich zwei Exemplare waren in Abu Dhabi zu sehen, je eines bei Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall.

Zuvor hatte der neue "Leopard" in Katar eine Wüstenerprobung durchlaufen. Katar interessierte sich bereits länger für 36 dieser Panzer. Der zuständige Bundessicherheitsrat beschied 2009 eine Voranfrage der Industrie positiv, nachdem Israel keine Einwände erhoben hatte. Damit änderte sich aber auch die Geschäftsgrundlage für Lieferungen in andere Länder in der Region, etwa Saudi-Arabien.

Genehmigungen waren nun Einzelfallentscheidungen und wurden nicht mehr grundsätzlich abgelehnt.

Saudi-Arabien, das sich bereits seit langem für den "Leopard" interessiert, begann erneut über deren Kauf nachzudenken. Ende 2010 wurde dies deutlich. Das Königreich signalisierte Interesse, in Spanien bis zu 270 "Leopard 2E", in Lizenz gebaute "Leopard" einer älteren Version, für etwa drei Milliarden Euro zu kaufen.

Spanien ausgestochen

Doch die spanischen Hoffnungen auf das "größte Rüstungsexportgeschäft" in der jüngeren Geschichte sollten sich nicht erfüllen. Denn Saudi-Arabien sprach auch mit den deutschen Herstellern über die Möglichkeit, die neuste Version des "Leopard"-Panzers in Deutschland zu kaufen.

Wie im Falle Katars wurde zunächst nur über eine kleine Zahl gesprochen. Dabei galt aus saudischer Sicht: Jedes Anzeichen, dass die Bundesregierung bereit sein könnte, einer Lieferung zuzustimmen, machte einen Kauf der spanischen Version unwahrscheinlicher. Auch dafür wäre ja die Zustimmung des Bundessicherheitsrates notwendig. Zudem wären die spanischen "Leopard"-Panzer älter und weniger flexibel einsetzbar gewesen.

Die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung, Saudi-Arabien zu signalisieren, dass auch ein großer "Leopard"-Export aus Deutschland möglich sei, passt in die Entwicklung der Rüstungsexportpolitik in den letzten Jahren. Deutlich wird dies, wenn die derzeitige Bundesregierung ihre Rüstungsexportpolitik nicht mehr als restriktiv, sondern als verantwortlich charakterisiert.

Die Belieferung Saudi-Arabiens kann als verantwortlich bezeichnet werden, so man das autokratisch regierte Königreich als Stabilitätsfaktor auf der arabischen Halbinsel und gegenüber dem Iran betrachtet.

Restriktiv ist eine solcher Export dagegen keinesfalls. Die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien, der Charakter des saudischen Regimes und dessen militärische Unterstützung anderer autokratischer Regimes spielen dann keine Rolle mehr.

Jahrzehntealte Tabus des Rüstungsexports - so die Nichtbelieferung der nah- und mittelöstlichen Kontrahenten mit Großwaffensystemen für die Landkriegsführung können nun durchbrochen werden.

Erwartet Israel Gegenleistungen?

Israel hat - im Gegensatz zu früher - anscheinend keinen Widerspruch eingelegt. Das Land halte heute ein militärisch starkes Saudi-Arabien als Gegengewicht zum Iran für wichtiger als die Gefahren, die von Saudi-Arabien für seine Sicherheit ausgehen könnten - könnte aber auch deutsche Gegenleistungen erwarten.

Schon länger wünscht sich Israel eine deutsche finanzielle Beteiligung bei der Beschaffung eines sechsten Dolphin-U-Bootes und von Korvetten. Mehr noch: Auch Israel interessierte sich immer wieder für den Kauf gepanzerter Fahrzeuge aus Deutschland. In Tel Aviv könnte daher die Kalkulation lauten: Wer Saudi-Arabien beliefert, hat kaum gute Argumente, Israel nicht zu beliefern.

Zurück zur IDEX. Die Bundesregierung zeigte sich im Februar bemüht, den Export deutscher Rüstungsgüter auf dieser Messe zu fördern. Das Verteidigungsministerium entsandte gleich zwei hochrangige Delegationen. Geleitet wurde die eine vom Stellvertreter des Heeresinspektors, Generalleutnant Bruno Kasdorf, die andere vom Abteilungsleiter Rüstung Detlef Selhausen, einem zivilen Beamten.

Name: **SPD Bundestagsfraktion, Christoph Strässer (MdB)**

Datum: 06.07.2011

Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien: Demaskierung einer "werteorientierten Außenpolitik"

PM, 06. Juli 2011 – Nr. 833, AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe: Zur heutigen Aktuellen Stunde im Bundestag über die Lieferung der deutscher Panzer nach Saudi-Arabien erklärt der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Christoph Strässer:

Die Lieferung deutscher Panzer nach Saudi-Arabien ist aus Sicht der Bundesregierung nur konsequent. Bereits im Koalitionsvertrag wird angekündigt, dass sie die Genehmigungspraxis in der EU für Rüstungsgüter harmonisieren, bürokratische Hemmnisse abbauen und Verfahren beschleunigen will. Die Wettbewerbsbedingungen in Europa sollen fairer werden. Es wird auch nur noch von "verantwortungsbewusster" und nicht mehr von "restriktiver" Genehmigungspolitik gesprochen. Im Klartext: Es geht ums Geschäft.

Das Bekenntnis der Koalition zu den bestehenden Rüstungsexportleitlinien, die auf eine restriktive und menschenrechtsorientierte Exportpolitik abzielen, ist daher irreführend. Die Koalition handelt aber auch ihren eigenen Kriterien zuwider: Der Beschluss des Bundessicherheitsrates ist nämlich auch nicht verantwortungsbewusst. Ein extrem autoritäres Land wie Saudi-Arabien, dessen Menschenrechtsbilanz verheerend ist und das Bahrain bei der Niederschlagung von friedlichen Demonstrationen unterstützt hat, soll nun mit einem Panzertyp beliefert werden, der laut Krauss Maffei-Werbung besonders gut gegen Einzelpersonen eingesetzt werden kann. Auf diese Weise kann in Saudi-Arabien das Verbot der Versammlungsfreiheit mit Hilfe deutscher Panzer "überzeugend" durchgesetzt werden.

Die Koalition will die Benachteiligung deutscher Rüstungsexporteure gegenüber anderen Konkurrenten abbauen. In diesem Sinne rechtfertigen Unionspolitiker das Geschäft, das sonst andere Europäer gemacht

hätten. Der politische Schaden dieser Entscheidung für die deutsche Außen- und Menschenrechtspolitik ist jedoch gewaltig. In der heutigen Aktuellen Stunde hat sich die Bundesregierung daher schwer getan, die Entscheidung für Panzerlieferungen in dieses Krisengebiet mit ihrer proklamierten wertorientierten Außenpolitik in Einklang zu bringen.

Name: **Michael Brozka, IFSH**

Datum: 05.07.2011, Quelle: Deutschlandradio

Friedensforscher hält mögliche Panzer-Lieferung an Saudi Arabien für "problematisch". Michael Brozka führt geostrategische und innenpolitische Gründe an.

Michael Brozka im Gespräch mit Jochen Fischer

Panzer können von autoritären Regimen wie dem in Saudi Arabien gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Schon allein deshalb hält Michael Brozka vom Institut für Friedensforschung einen möglichen Verkauf deutscher Leopard-2-Panzer an die Saudis für falsch.

Anne Raith: Die Bundesregierung schweigt, oder sie verweist auf die Geheimhaltung. Eine Antwort auf die Frage, ob Deutschland Panzer an Saudi-Arabien liefern will, oder, wie die Nachrichtenagentur Reuters mit Verweis auf Sicherheitskreise meldet, bereits geliefert hat, gab es bislang nicht. Die Bündnis-Grünen haben eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt, denn der Deal sei ein Bruch mit der bisherigen Praxis, keine Rüstungsgüter in Krisengebiete zu exportieren. Stimmt das? Ist Saudi-Arabien in diesem Sinne ein Gebiet, in das nicht geliefert werden sollte? - Diese Frage hat mein Kollege Jochen Fischer Michael Brozka gestellt, dem Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg.

Michael Brozka: Aus meiner Sicht ja. Es gibt sowohl eine geostrategische Lage, die problematisch ist, als auch sind die innenpolitischen Verhältnisse in Saudi-Arabien aus meiner Sicht nicht geeignet dafür, dass man dort solche Waffen dahin liefert. Saudi-Arabien hat zwar eine nur sehr kleine, aber immerhin eine Grenze mit Israel und ist zwar in der Vergangenheit gegenüber Israel eher, sagen wir, zurückhaltend gewesen, aber das muss ja nicht immer so bleiben. Wenn es in Israel wieder zu größeren Spannungen kommt, etwa möglicherweise jetzt im September, nachdem Palästina seine Unabhängigkeit erklärt, dann würde Saudi-Arabien sich natürlich auf die Seite der arabischen Staaten stellen. Saudi-Arabien hat auch eine Auseinandersetzung mit dem Iran, die nicht unbedingt jetzt militärisch ist, aber doch, wo man sagen muss, dass das ein Spannungsgebiet ist, auch gegenüber den östlichen Nachbarn. Und die innenpolitische Lage in Saudi-Arabien war jetzt zwar während des Arabischen Frühlings relativ ruhig, aber wir haben gesehen, dass saudische Panzer auch nach Bahrain gerollt sind, gepanzerte Fahrzeuge, und auch in Saudi-Arabien hat es ja durchaus auch schon in der Vergangenheit Auseinandersetzungen gegeben. Ein solches autoritäres Regime - ich glaube, das haben jetzt auch die Entwicklungen in den nordafrikanischen Staaten gezeigt -, ein solch autoritäres Regime steht immer unter der Gefahr, dass die Bevölkerung dagegen rebelliert, und dann sind natürlich Panzer genau das Waffensystem, was eingesetzt wird.

Jochen Fischer: Sie haben Israel angesprochen. Von dort kommen aber nun überhaupt keine Reaktionen, oder jedenfalls keine empörten Reaktionen.

Brozka: Ja, das ist in der Tat im Moment so. Die israelische Regierung hält sich sehr zurück. Das heißt aber nicht, dass hinter den Kulissen möglicherweise die Israelis auch aktiv werden. Nun wollen die Israelis selber natürlich auch durchaus Einiges von uns - es geht da zum Beispiel um U-Boote, auch um andere Waffensysteme -, und möglicherweise gibt es auch ein stillschweigendes Übereinkommen, dass dann, wenn wir nach Saudi-Arabien Panzer liefern, Israel auch bestimmte andere Dinge bekommt. Das ist aber, glaube ich, auch nicht unbedingt jetzt im Sinne einer weiteren Entspannung in der Region, jetzt die beiden Seiten aufzurüsten.

Fischer: Ein Leopard-Panzer, das ist ja eine Offensivwaffe, also ein Angriffssystem. Gegen wen richtet sich die denn?

Brozka: Ja, das ist die Frage. Also ich denke mal, die offizielle saudische Begründung wird sein, dass man mit dem Iran rechnen muss und dass der Iran sich ja in den letzten Jahren sehr stark auch aus der internationalen Völkergemeinschaft verabschiedet hat - und gegen den Iran werden ja internationale Sanktionen verhängt -, und dass man deswegen nicht sicher sein könnte, dass der Iran nicht irgendwann möglicherweise auf die Idee kommt, auch gegenüber Saudi-Arabien aggressiv aufzutreten, dass dann die Panzer die geeignete Abschreckungswaffe wären. Ich denke mal, das ist die Hauptbegründung. Aus meiner Sicht ist es schon so, dass eben Panzerfahrzeuge besonders wichtig sind, wenn man auch innenpolitisch mit Unruhen rechnet, weil mit Panzern kann man auch Plätze räumen, man kann Bevölkerung auseinandertreiben. Also das ist, denke ich mal, wenn man genauer hinguckt, der wichtigste Grund.

Fischer: Innenpolitisch hat diese Ankündigung ja einigen Wirbel ausgelöst: es gibt Empörung bei den Oppositionsparteien. Die Grünen-Chefin, Frau Roth, spitzt ihre Kritik zu, sie spricht von einem Glaubwürdigkeitsdesaster deutscher Außenpolitik und sie nennt diese Panzerlieferungen, wenn sie denn kommen, illegal. Sind sie das?

Brozka: Nein, illegal sind sie nicht, denn wir haben zwar Gesetze, die den Waffenexport regeln, aber deren Vorschriften sind relativ auslegbar, und auch aus dem Völkerrecht gibt es jetzt keine Bestimmungen, die jetzt den Panzerexport nach Saudi-Arabien verbieten würden. Sie widersprechen - und das ist das, denke ich mal, was Frau Roth gemeint hat -, sie widersprechen aus meiner Sicht jedenfalls den Grundsätzen und Richtlinien, die die Bundesregierung sich selber gegeben hat. Die augenblicklich gültigen Grundsätze sind aus dem Jahre 2000, als also Rot-Grün regiert hat, und die definieren relativ eng, was denn zum Beispiel an Spannungsgebieten geliefert werden darf und was an bestimmte Menschenrechte verletzende Staaten geliefert werden darf, und da muss man schon sagen, das, was in der Vergangenheit zumindest galt, danach hätten diese Panzer nicht exportiert werden dürfen. Und wir haben ja auch durchaus diese Diskussion mehrfach schon gehabt. Schon in den 80er-Jahren ist darüber diskutiert worden, 1982 hat die Bundesregierung das damals abgelehnt, Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern, und auch in den 90er-Jahren sind immer wieder hohe Anfragen inoffiziell, nicht offiziell, aber inoffiziell an die Bundesregierung aus Saudi-Arabien herangetragen worden, oder von den Firmen an die Bundesregierung herangetragen worden, und die Bundesregierung hat auch in den 90er-Jahren mehrfach gesagt, nein, Saudi-Arabien käme nicht infrage.

Fischer: Muss diese Genehmigung, so sie denn gegeben wurde, rückgängig gemacht werden?

Brozka: Es ist ja so - wir wissen ja nicht genau, weil das ja immer geheim gehalten wird, was genau im Bundessicherheitsrat beschlossen wird -, vermutlich handelt es sich um eine Voranfrage. Das heißt, die Firmen haben erst mal nur angefragt, ob es denn, wenn sie mit Saudi-Arabien ins Geschäft kämen, eine Genehmigung der Bundesregierung geben würde. Nun sind diese Voranfragen durchaus rechtlich bindend. Das heißt, die Bundesregierung ist jetzt an diese Zusage, wenn es so eine gäbe, durchaus gebunden. Es müsste von der Bundesregierung ins Feld geführt werden, dass die Umstände sich geändert haben, dass insofern das, was damals als Begründung den Bundessicherheitsrat überzeugt hat, nicht mehr stimmig ist. Also das ist ein schwieriger Akt, da wieder von wegzukommen, von so einer Genehmigung, wenn man sie einmal ausgesprochen hat, und natürlich würde ich das aus politischen und strategischen Gründen begrüßen, aber ich fürchte, dass eine einmal gegebene Genehmigung sehr schwer wieder rückgängig zu machen ist.

Raith: ... , sagt Michael Brozka, der Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg im Gespräch mit meinem Kollegen Jochen Fischer über die mögliche deutsche Panzerlieferung an Saudi-Arabien.

Name: **Kasseler Friedensforum**

Datum: 05.07.2011

Keine Panzer aus Kassel nach Saudi-Arabien

Kassel, 5. Juli 2011 - Zur Exportgenehmigung für 200 Leopard-2-Kampfpanzer nach Saudi-Arabien erklärte der Sprecher des Kasseler Friedensforums in einer Stellungnahme: Keine Panzer aus Kassel nach Saudi-Arabien

"Der LEOPARD 2 ist vom Polarkreis über die Alpen und Anden bis an das Mittelmeer und den Pazifik verbreitet - und wird deshalb zurecht auch als 'Global-LEOPARD' bezeichnet."

So bewirbt das in Kassel und München ansässige Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann sein wichtigstes Produkt. Mit der Liefer-Genehmigung von 200 Leopard 2 an Saudi-Arabien durch den Bundessicherheitsrat kann der schwere Kampfpanzer nun auch an eines der schlimmsten Regime im Nahen Osten verkauft werden. Ein einträgliches Geschäft für den Konzern - eine Katastrophe für die Golf-Region! Vor kurzem halfen saudische Truppen bei der Niederschlagung der Oppositionsbewegung im Nachbarland Bahrain. Und im Inneren des absolutistisch regierten Königreichs am Persischen Golf herrschen Unterdrückung und Willkür. amnesty international schreibt in seinem jüngsten Länderbericht über Saudi-Arabien u.a.:

"Es kamen neue Informationen über Foltermethoden und andere Misshandlungen gegen Häftlinge, die aus Gründen der Sicherheit inhaftiert waren, ans Licht. Gerichte verhängten erneut grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen, die auch ausgeführt wurden, vor allem Auspeitschungen. Frauen und Mädchen litten weiterhin unter Diskriminierung und Gewalt."

Sowohl die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 als auch der "Code of Conduct" der Europäischen Union verlangen, dass bei Rüstungsexporten die Menschenrechtslage in den Empfängerländern berücksichtigt werden müsse. Dagegen hat die Bundesregierung schon häufig verstoßen, in diesem Fall aber besonders eklatant.

Teile des Leopard-Kampfpanzers werden in Kassel gefertigt. Hier sind ca. 1.700 Mitarbeiter/innen mit der Produktion von tödlichen Waffen beschäftigt (neben dem Leopard z.B. noch die Panzerhaubitze 2000). Ob sie das gern machen oder ob sie ihre Qualifikation und Arbeitskraft nicht lieber für die Herstellung sinnvoller ziviler Produkte einsetzen würden, können wir nur ahnen. Leider haben die Beschäftigten keinen Einfluss darauf, was für wen produziert wird. Darüber entscheidet allein die Geschäftsleitung. Und die tut alles, um an Regierungsaufträge und Aufträge für den Export heranzukommen.

Die Friedensbewegung fordert seit langem staatliche Programme zur Konversion der Rüstungsindustrie (Umstellung auf zivile Produktion). Es darf nicht sein, dass Tausende Beschäftigte in der Region (neben KMW ist da noch der Panzerhersteller Rheinmetall Landsysteme GmbH) durch die Rüstungsindustrie in Geiselschaft genommen werden.

Das Kasseler Friedensforum wünscht sich von Politik, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen eine offene Diskussion über den Rüstungsstandort Kassel und Alternativen dazu. Rüstungskritiker/innen sind eingeladen zu einer Beratung am kommenden Montag, 11. Juli, 19 Uhr im Büro des Friedensforums (Germaniastr. 14).

Für das Kasseler Friedensforum
Peter Strutynski (Sprecher)

Bei Rückfragen: mobil: 0160/976 28 972

P.S.: Hintergrundinfos, Dossier "Rüstung, Rüstungsexport, Abrüstung" auf der Website der AG Friedensforschung: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/export/Welcome.html>

Name: **Campact**

Datum: 05.07.2011

Panzer-Export nach Saudi-Arabien stoppen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle inszenieren sich gerne als Unterstützer der arabischen Demokratiebewegung. Doch hinter den Kulissen hätscheln sie die Diktatoren: Letzte Woche erlaubte der Bundessicherheitsrat die Lieferung von 200 deutschen Leopard-Kampfpanzern an das saudische Regime. Dem Gremium gehören auch Merkel und Westerwelle an.

Das despotische Königshaus unterdrückt brutal die eigene Bevölkerung und half erst vor wenigen Wochen, mit Panzern die Demokratiebewegung in Bahrain blutig niederzuschlagen. Laut Hersteller sind die Leopard-Panzer auch noch optimiert auf "asymmetrische Kriegsführung und die Bekämpfung von Einzelpersonen". Schon nächstes Jahr könnten also Panzer "Made in Germany" in den Straßen Riads gegen Demonstranten eingesetzt werden.

Fordern Sie von Merkel und Westerwelle den Stopp des Panzer-Deals!

Unterzeichnen Sie unseren Eil-Appell!

Im Internet beschreibt das Auswärtige Amt die Lage in Saudi-Arabien so: "Todes- und Körperstrafen werden verhängt und vollstreckt. Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind stark eingeschränkt. Parteien sind verboten. Politische Aktivisten und Menschenrechtler werden drangsaliert, inhaftiert oder gehen ins Ausland." Trotzdem will Westerwelle Leopard-2-Panzer des Typs "2A7+" aus der Münchener Rüstungsschmiede Krauss-Maffei Wegmann nach Saudi-Arabien liefern lassen - ausgerüstet mit einem "Räumschild" an der Fahrzeugfront.

Jeden Tag riskieren gegenwärtig in der arabischen Welt mutige Frauen und Männer ihr Leben für die Freiheit. Es kann doch nicht sein, dass unsere Regierung ihre Unterdrücker mit Hightech-Panzern ausstattet! Jetzt müssen wir gemeinsam der öffentlichen Empörung Ausdruck verleihen - und die Regierung zur Rücknahme der Entscheidung bewegen.

Unterzeichnen Sie unseren Appell gegen den Panzer-Export!

Weitere Infos finden Sie in unserer 5-Minuten-Info!

Frühere Bundesregierungen haben den Export von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien noch aus einem weiteren Grund stets abgelehnt. Man wollte nicht mitten in ein Krisengebiet exportieren, ein Wettüben mit dem Iran vermeiden und den Konflikt mit Israel nicht befeuern. Diesen Konsens gibt die Regierung Merkel nun leichtfertig für die Profitinteressen deutscher Rüstungskonzerne auf.

Herzliche Grüße

Yves Venedey (campact)

Name: **Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**

Datum: 05.07.2011

Lieferung von Leopard-Panzern nicht akzeptabel

Presseerklärung, 5. Juli 2011: Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert mit dem folgenden Statement von Prälat Dr. Bernhard Felmberg die mögliche Rüstungsexportgenehmigung von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien. Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn) arbeitet seit Jahren in der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte mit. Seine Forschungen, die als Länderberichte zu wichtigen Empfängern deutscher Rüstungsexporte (www.ruestungsexport.info) oder

als Globaler Militarisierungsindex (GMI) (<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>) vorliegen, fließen in den jährlichen GKKE-Rüstungsexportbericht ein. Der aktuelle Länderbericht zu Rüstungsexporten ist abrufbar unter http://www.bicc.de/ruestungsexport/pdf/countries/2011_saudi_arabien.pdf

Statement von Prälat Dr. Bernhard Felmberg zur Rüstungsexportgenehmigung von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien

Wenn es zutrifft, dass der Bundessicherheitsrat eine grundsätzlich positive Entscheidung über die Lieferung von 200 Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien gefällt hat, so halte ich eine solche Entscheidung für nicht akzeptabel.

Die GKKE hat immer wieder Rüstungsexportgenehmigungen kritisiert, die den Kriterien des EU-Verhaltenskodex z.B. der Menschenrechtssituation, der Entwicklungsverträglichkeit und der regionalen Stabilität nicht genügen. Unter den kritischen Empfängerländern waren immer auch Länder des Nahen Ostens und Nord-Afrikas; wie z.B. Ägypten und Saudi-Arabien. Mit solchen Entscheidungen hat die Bundesregierung auch bisher schon gegen die selbstgesetzten politischen Richtlinien für eine restriktive Rüstungsexportkontrolle verstoßen.

Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien gilt als sehr bedenklich. Erst vor kurzem hat Saudi-Arabien zudem Militär nach Bahrain geschickt, um die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung dort zu unterstützen. Der nun wohl zur Lieferung anstehende Leopard-Typ 2 A7+ ist auch geeignet, um Demonstranten einzuschüchtern und Barrikaden aus dem Weg zu räumen. Vor dem Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ würde eine solche Entscheidung die von der Bundesregierung erklärte Unterstützung der Demokratiebewegung im Nahen Osten konterkarieren und an benachbarte Staaten ein falsches Signal aussenden.

Dass die Region gerade aktuell als Konfliktregion hoch explosiv ist, bestätigt sich jeden Tag neu. Eine derartige Exportgenehmigung heizt eine regionale Konfliktodynamik weiter an und widerspricht erklärten friedenspolitischen Zielen der Bundesregierung.

Berlin, 04. Juli 2011

Weitere Informationen:

Susanne Heinke, Pressesprecherin BICC, Tel.: 0228/911 96-44, eMail: pr@bicc.de
und Gertrud Casel (GKKE), Tel: 0228/103-303, eMail: g.casel@dbk.de

Name: **SPD-Bundestagsfraktion, Heidmarie Wieczorek-Zeul (MdB)**

Datum: 04.07.2011

Kampfpanzerlieferung an Saudi-Arabien stoppen

PM, 04 Juli 2011 – Nr. 808: Anlässlich der Berichterstattung über geplante Lieferung von 200 Kampfpanzern aus Deutschland an Saudi-Arabien erklärt das Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Heidmarie Wieczorek-Zeul:

Sollte der Bundessicherheitsrat die Lieferung von 200 Kampfpanzern an Saudi-Arabien tatsächlich getroffen haben, wäre das der Gipfel des Zynismus: von der Bundesregierung beschlossene und geltende Bestimmungen der "Politischen Grundsätze zum Waffen- und Rüstungsexport" würden gebrochen.

Diese Politischen Grundsätze erklären Lieferungen an Länder in Spannungsregionen als nicht genehmigungsfähig und sie postulieren, dass Lieferungen in Länder, die die Menschenrechte missachten, nicht erfolgen dürfen. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, diese Entscheidung des Bundessicherheitsrates zu revidieren und die Lieferung nicht zu vollziehen.

In Saudi-Arabien, so weist das Auswärtige Amt selbst hin, gibt es keine Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Menschenrechtler werden verfolgt, Frauenrechte unterdrückt. Die öffentliche Ausübung nicht-islamischer Religionen ist untersagt. Einem solchen Land Kampfpanzer zu liefern wäre schlicht schamlos.

Wie ist eigentlich das Verhalten dieser Bundesregierung zu deuten? Die Bundesregierung enthält sich beim UN-Sicherheitsratsbeschluss, der die libysche Zivilbevölkerung schützen soll, der Stimme und will gleichzeitig Kampfpanzer an Saudi-Arabien liefern, die diese gegen die eigene Bevölkerung einsetzen kann.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine förmliche Beteiligung des Bundestages und Transparenz bei Waffen- und Rüstungsexportentscheidungen der Bundesrepublik. CDU/CSU und FDP versuchen dies massiv zu verhindern.

Name: **Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag**

Datum: 04.07.2011

Panzer aus Kassel nach Saudi-Arabien?
Großauftrag an Krauss-Maffei Wegmann steht für eine skandalöse Nahost-Politik

Pressemitteilung:

Wiesbaden, 4. Juli 2011: Die Bundesregierung will nach Informationen des Spiegel moderne Leopard-Kampfpanzer an Saudi-Arabien liefern und damit die bisherige Politik ändern, keine schweren Waffen in das autoritäre Königreich zu exportieren. Davon profitieren würde das in München und Kassel ansässige Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann. Dazu erklärt Willi van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag:

„Hochmoderne Kampfpanzer für ein autoritär regiertes Land, in dem die Menschenrechte mit Füßen getreten werden: Was für eine politisch-moralische Bankrotterklärung!

In Sonntagsreden den Mut der Menschen loben, die sich gegen autoritäre Regime in Nordafrika und im Nahen Osten zur Wehr setzen und deren Widerstand von Panzern gebrochen wird - und montags mit den Unterdrückern tödliche Geschäfte abschließen: Das ist der deutsche Beitrag zu der Tatsache, dass die Regierung Saudi Arabiens dabei hilft, den Aufstand in Bahrain niederzuschlagen und darüber hinaus für schlimmste Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land verantwortlich ist.“

DIE LINKE sei gespannt, so van Ooyen, wie die Regierungsparteien CDU und FDP, sowohl in Berlin als auch in Wiesbaden, dieses tödliche Geschäft zu begründen versuchten.

Van Ooyen erinnert daran, dass Anfang der 1980er Jahre die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eine Anfrage Saudi-Arabiens, Leopard-Panzer zu erwerben, unter Hinweis auf eine Gefährdung Israels abgelehnt habe.

Hinweis: DIE LINKE wird diese Woche dazu eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragen und thematisieren, dass Deutschland den Saudis eine Sturmgewehrfabrik baut, saudische Grenzer ausbildet und jetzt auch noch hochmoderne Kampfpanzer liefern will. DIE LINKE spricht sich entschieden gegen diesen tödlichen Deal mit einem autoritären Regime aus.

Thomas Klein

(Pressesprecher, Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, Tel: 0611 / 350-6079, Fax: 0611 / 350-6091, eMail: presse-linke@ltg.hessen.de, www.Linksfraktion-hessen.de

Name: **Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel**

Datum: 04.07.2011

Keine Waffen für Diktatoren

Bundessicherheitsrat genehmigt Waffen-Export nach Saudi-Arabien und Algerien

Pressemitteilung vom 4. Juli 2011: Der Bundessicherheitsrat hat Medienangaben zufolge dem Export von Waffen nach Saudi-Arabien und Algerien zugestimmt. Dabei handele es sich um Rüstungs- und Sicherheitsprojekte in Algerien in Höhe von zehn Milliarden Euro sowie um zweihundert Leopard II-Panzer, die für Saudi-Arabien gebaut werden sollen. Die Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel“ appelliert an die Bundesregierung, aufgrund der Missachtung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte in beide Länder keine Waffen und Rüstungsgüter zu liefern. „Es ist skandalös, dass die Bundesregierung Waffen an Diktatoren liefert, die in ihrem Land die Menschenrechte mit Füßen treten. König Abdullah Bin 'Abdul 'Aziz al-Saud gewährt zudem dem gestürzten tunesischen Diktator Ben Ali Asyl und unterstützt das totalitäre Regime in Bahrain bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung“, kritisiert Kampagnen-Sprecher Paul Russmann.

Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung gehört Saudi-Arabien seit 2008 zu den Top Ten der Empfängerländer deutscher Waffen. Im Jahr 2009 genehmigte der Bund unter anderem den Export von Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar, Teile für Kampfflugzeuge, Tankflugzeuge, Teile für Raketen, Granaten, Elektronische Kampfführung und Grenzsicherungssysteme. Der Transfer von Waffen und Rüstungsgütern für Saudi-Arabien umfasste 2009 den Genehmigungswert von 167,9 Millionen Euro. Die Firma EADS erhielt am 30. Juni 2009 die Genehmigung, das saudi-arabische Grenzsicherungsprogramm zu bauen. Mit dem EADS-Grenzsicherungsprogramm lassen sich zum Beispiel Fluchtversuche aus dem Land überwachen und gegebenenfalls unterbinden.

Seit 2005 regiert der saudi-arabische König mit harter Hand. Als Premierminister und militärischer Oberbefehlshaber in Person lässt er keine Opposition zu. „Die Behörden unterdrückten weiterhin das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Grundrechte“, bilanziert die Menschenrechtsorganisation amnesty international in ihrem „Report 2010“. Tausende Personen, die „aus Sicherheitsgründen“ festgenommen wurden, befinden sich in Haft, darunter gewaltlose politische Gefangene. Die Haftbedingungen sind katastrophal: Misshandlungen und Folter werden systematisch angewandt. Frauen leiden „unter schwerer Diskriminierung“. Auch wird die Todesstrafe weiterhin angewendet. Laut amnesty international wurden 2009 mindestens 69 Menschen hingerichtet – darunter selbst Jugendliche.

Weitere Informationen zu der Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel“ finden Sie unter <http://www.aufschrei-waffenhandel.de>

Sie finden den Text im Anhang auch als PDF-Datei und auf unserer Homepage

Ansprechpartner für die Medien: Paul Russmann, Kampagnensprecher Tel.: 0711/62 03 93 72, Mobil: 0176/28 04 45 23

Trägerorganisationen:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) • Bund der Katholischen Jugend (BDKJ) Deutsche Franziskanerprovinz • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. (IPPNW) Deutschland • JuristInnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) Deutsche Sektion • pax christi - Internationale katholische Friedensbewegung Deutsche Sektion • Ohne Rüstung Leben (ORL) • RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) • Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfGA)

Aktionsbündnis:

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit • Kooperation für den Frieden • medico international

Ansprechpartnerin bei pax christi für die Presse:

Christine Hoffmann, Tel.: 030/20076780, www.paxchristi.de; sekretariat@paxchristi.de

Name: **B90/Grünen Bundestagsfraktion, Volker Beck MdB**

Datum: 04.07.2011

**Aktuelle Stunde beantragt zu Lieferungen von Kampfpanzern
in das Krisengebiet des Nahen Osten**

Volker Beck, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer erklärt:

Die Fraktion hat heute eine Aktuelle Stunde mit dem Titel: "Lieferung von Kampfpanzern in das Krisengebiet des Nahen Ostens" beantragt.

Die Ausfuhrgenehmigung von 200 Kampfpanzern vom Typ Leopard nach Saudi-Arabien ist ein Bruch mit der bisherigen Praxis, keine Rüstungsgüter in Krisengebiete zu exportieren. Angesichts der Lage im Nahen Osten und angesichts der Niederschlagung der Aufstände in Bahrain durch das saudische Militär, ist die Entscheidung des Bundessicherheitsrates nicht nachvollziehbar.

Dieser eklatante Verstoß gegen die Rüstungsexportrichtlinien gehört auf die Tagesordnung des Bundestages. Die Entscheidung muss revidiert werden.

Name: **Fraktion Die Linke in Bundestag, Jan van Aaken MdB**

Datum: 03.07.2011

Mit deutschen Panzern gegen den arabischen Frühling?

"Die schlimmsten Unterdrücker bekommen die tödlichsten deutschen Panzer - das ist Merkels Beitrag zum arabischen Frühling", kommentiert Jan van Aken, Mitglied für die Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, den geplanten Verkauf von 200 Leopard-Kampfpanzern an Saudi Arabien. Van Aken weiter:

"Wir werden diese Woche eine aktuelle Stunde dazu im Bundestag beantragen. Saudi Arabien schlägt den Aufstand in Bahrain nieder und gehört zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern der Region. Trotzdem baut Deutschland den Saudis eine Sturmgewehrfabrik, bildet saudische Grenzer aus und will jetzt auch noch Panzer liefern. Wir werden alles daran setzen, diesen tödlichen Deal zu stoppen."

Fragen von Abgeordneten für die Aktuelle Stunde zum Thema „Lieferung von Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien“

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der 119. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Juli 2011

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Genehmigung der Lieferung von mehr als 200 Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien (SPIEGEL ONLINE vom 2. Juli 2011, FAZ vom 3. Juli 2011, DER SPIEGEL vom 4. Juli 2011) vor dem Hintergrund von Saudi-Arabiens Intervention in Bahrain und der Lage im Nahen Osten?
2. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zum jetzt bekannt gewordenen Zustandekommen des Waffengeschäfts über die Lieferung von 200 Leopard-Kampfpanzern von Deutschland an Saudi-Arabien hinsichtlich der Zahlung „nützlicher Aufwendungen“ sowie der Vermittler, Unterstützer in der Bundesregierung und Nutznießer dieses Waffengeschäfts?
3. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche besonderen außen- und sicherheitspolitischen Gründe führt die Bundesregierung für die Genehmigung der am 4. Juli 2011 durch das Magazin „DER SPIEGEL“ gemeldeten Lieferung von 200 Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien an, und wie bewertet die Bundesregierung die Vereinbarkeit dieser Lieferung mit den einzelnen Kriterien des EU-Kodex für Waffenausfuhren?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

4. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Wie vereinbart die Bundesregierung die geplante Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien mit ihren Äußerungen, an der Seite der Demokratiebewegung in den arabischen Ländern zu stehen?
5. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien die Menschenrechtssituation in dem Land, vor allem vor dem Hintergrund, dass im Zuge der Proteste in Nordafrika und im Nahen Osten immer wieder Militär gegen Demonstranten zum Einsatz kam und es bereits saudi-arabische Militäreinsätze gegen Demonstranten in Bahrain gegeben hat?